

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863

23.8.1863 (No. 198)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 23. August.

N. 198.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufsgeld: die gepaltene Beilage oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Telegramme.

Frankfurt, 22. August. Der Abgeordnetentag hat die Ausschussanträge in der holländischen Angelegenheit angenommen.

Paris, 22. Aug. Der „Courr. du Dim.“ versichert, die Noten der drei Mächte hätten folgenden identischen Inhalt: „Die (betr.) Regierung fühlt die gebieterische Pflicht, die Aufmerksamkeit des Fürsten Gortschakoff auf den Ernst der Lage und die daraus entspringende Verantwortlichkeit Rußlands zu lenken. Die drei Mächte haben die Dringlichkeit der Beendigung des beflagenswerthen und die europäischen Verhältnisse gefährdenden Zustandes, sowie die Mittel zur Abhilfe angedeutet. Thut Rußland nicht, was in seinen Kräften steht, zur Verwirklichung der gemäßigten und verständlichen Absichten der drei Mächte, betritt es nicht die durch freundschaftliche Rathschläge bezeichneten Wege, so bleibt ihm die volle Verantwortlichkeit für die aus der Fortdauer der polnischen Unruhen entstehenden schweren Folgen.“

Brüssel, 22. Aug. König Leopold erklärte, der Erzherzog Maximilian wolle in der mexikanischen Frage neutral bleiben. Das Projekt eines Familienraths ist aufgegeben. Erzherzog Maximilian wird vor der Reise nach Biarritz in Laeken verweilen.

Deutschland.

Frankfurt, 21. Aug. Gestern Nachmittag um 5 Uhr versammelte Se. Maj. der Kaiser im Taxis'schen Pallaste das diplomatische Korps bei sich zur Tafel. Die anwesenden Gäste, bestehend aus den Bundesstags-Gesandten, den Gesandten der auswärtigen Mächte, welche beim Bunde beglaubigt sind, dem Zern und Taxis'schen General-Postdirektor und einigen der Bundes-Vollstreckungskommission angehörigen Generalen — im Ganzen ungefähr 40 an der Zahl — wurden Se. Majestät theils vor, theils nach der Tafel vorgestellt. Bei der Tafel saß zur Rechten des Kaisers der k. preussische Bundesstags-Gesandte, Geh. Rath v. Sydow, neben diesem der bayrische, Fhr. v. d. Pforsden; links neben Sr. Majestät hatte Sr. Alex. Malet, der englische Gesandte, dann der französische, hierauf der belgische Platz genommen. Das Mahl dauerte 1 1/2 Stunden. Nach der Beendigung desselben fuhr Sr. Majestät in der Uniform eines Artillerieobersten, begleitet vom Grafen Grenneville, zu dem Corso vor dem Bockenheimer Thor, welcher zwar leider durch das trübe Wetter sehr beeinträchtigt war, gleichwohl aber eine zahlreiche Zuschauermenge herbeigelockt hatte.

Unmittelbar nachdem der König von Sachsen heitte von Baden zurückgekehrt war, fuhr ein kais. Generaladjutant an „Englischen Hofe“, wo der König wohnt, vor und begab sich nach kurzer Audienz sofort zur Eisenbahn, da der Kaiser heute früh sich nach Mainz begeben hat. Um 12 Uhr fuhr der König von Sachsen in Begleitung eines Adjutanten zu dem König von Hannover, wo er indessen nur kurze Zeit verweilte. In den politischen Kreisen ist als Thatsache bekannt, daß der König von Preußen auf der Ablehnung einer Theilnahme am Fürstentag beharrt.

Morgen Vormittag 11 Uhr wird eine Sitzung der Fürstentag-Konferenz stattfinden.

Frankfurt, 21. Aug. Das „Frankf. Journ.“ schreibt: „Die Reise des Königs von Sachsen und die Erwartung auf deren Ergebniß hat einen natürlichen Stillstand in den allgemeineren Verhandlungen unter den Fürsten über das Reformprojekt hervorgebracht. Ob nach Eintreffen der Antwort des Königs von Preußen dieselben einen raschen Abschluß finden werden, möchten wir bezweifeln. Unter den Souveränen und Ministern sollen sich mehrfach divergirende Ansichten über wesentliche Punkte geltend machen, welche vornehmlich in der Schwierigkeit der Sache selbst ihren Grund haben. Bei keiner Regierung ist voranzusehen, daß sie dem Reformwerke an sich entgegen sei. Wenn insbesondere das Gerücht hier verbreitet wird, daß Baden demselben unbedingt entgegenarbeite, so ist dies keineswegs der Fall. Im Gegentheil soll von badischer Seite für die Anbahnung einer befriedigenden Verbesserung der Bundeszustände sehr thätig gewirkt werden. Wir wir ferner hören, ist Aussicht vorhanden, daß der König von Preußen Ministerkonferenzen, welche dem Fürstentage folgend in Dresden (absolut!) gehalten werden sollen, bezieht. Natürlich sind wir dann um so sicherer, daß auch dieser Bundesreform-Anlauf neues schätzbares Material liefert. Die Dinge liegen so, daß, wie Oesterreich früher Preußen an einer Bundesreform hinderte, so jetzt dieses wieder jenes daran hindert.“

München, 21. Aug. (W. L. B.) In einer auf morgen Abend eigens anberaumten Sitzung der Abgeordneten-Kammer soll die Gefinnungsaussprechung bezüglich der Reformakte des Deutschen Bundes beantragt werden.

Mainz, 20. Aug. (Fr. P. Fig.) Morgen (Freitag) Vormittag um 9 Uhr hält der Kaiser von Oesterreich auf dem Schloßplatz Revue über die hiesigen Bundesstruppen. Von da begibt sich Se. Majestät über die große Bleiche und die Schillerstraße nach dem Gouvernementsgebäude, zum Regimentschef Feldmarschallleutnant Fhrn. v. Baum-

garten. Dort um 10 Uhr Vorstellung der hessischen Zivilbeamten. Darauf Frühstück. Dann Besichtigung der Festungswerke, was längere Zeit in Anspruch nimmt. Um 3 Uhr Abfahrt nach Biebrich; dort um 4 Uhr große Tafel beim Herzog von Nassau.

Berlin, 20. Aug. Die gestern aus St. Petersburg mitgetheilte Nachricht hat sich im Wesentlichen bestätigt. Die Bant löst ihre Noten nicht mehr gegen Imperiale, sondern gegen Wechsel auf London und Silber ein.

Wien, 19. Aug. Ueber das kaiserl. Reformprojekt sprechen sich die Blätter noch mit großer Zurückhaltung aus. Zu einer vollständigen Würdigung mangelte es noch an Zeit und dürfte auch der vollständige Wortlaut des Aktenstückes abgewartet werden. Die „Presse“ schreibt:

Um gegen den Entwurf zur deutschen Bundesreform, welchen der Kaiser von Oesterreich seinen deutschen Bundesgenossen in Frankfurt vorgelegt hat, gerecht zu bleiben, wird man stets eingedenk sein müssen, daß es in erster Linie darauf ankommt, die Meinung aller deutschen Fürsten dafür zu gewinnen. Wir könnten den Fall sehen, der Kaiser selber wäre wohl geneigt, in seinen Zugeständnissen viel weiter zu gehen, als seine Vorschläge aussprechen; wir könnten annehmen, der Kaiser wäre bereit, eine stärkere Exekutive, als ein Quinquennat herzustellen, eine freisinnigere Nationalvertretung, als eine aus indirekten Wahlen hervorgegangene Abgeordnetenversammlung zu schaffen, ein deutsches Parlament zu bilden, demselben die besten Garantien zu geben, Grundrechte zuzugestehen, kurz Alles zu erfüllen, was den Inhalt der täglichen Gebete jedes braven liberalen Deutschen ausmacht. Diesen Fall könnten wir annehmen und müßten trotzdem begreifen, daß gleichwohl die Reformvorschlüge sich nicht zur Höhe der kais. Anschauungen erheben; denn da wir glauben, daß es sich in Frankfurt nicht um eine Demonstration, nicht etwa bloß um eine schlagende Beweisführung, daß die deutsche Reform etwas Unmögliches sei, sondern darum handelt, die Reform in's Werk zu setzen, so müßten die Vorschläge auch so eingerichtet werden, daß sich einigermaßen mit Sicherheit auf ihre Annahme rechnen ließe. Was könnten die besten Vorschläge nützen, wenn die Fürsten sie verwerfen?

Das „Waterland“ meldet: „Die vertraulichen Beratungen der Zollkonferenz, welche dieser Tage in München stattfinden sollten, werden erst nach Beendigung des Fürstentages abgehalten werden. Baron Kalchberg, dessen Abreise mehrere Blätter bereits meldeten, befindet sich noch in Wien.“

Die „Autogr. Korresp.“ spricht von einem aus Frankfurt hier eingelangten Berichte, welchem zufolge die Rückkehr des Kaisers nicht vor Ende dieses Monats zu erwarten wäre. Im Zusammenhang damit werde auch die von dem Kaiser beabsichtigte Reise nach Jßl unterbleiben. — Der Kaiser hat mit Entschliebung vom 23. v. M. dem 1852 wegen des Verbrechens der Wittichuld am Hochverrathe zu sechsjährigem schwerem Kerker kriegsgerichtlich verurtheilten Wilhelm Sautsch die weiteren Folgen dieser Verurtheilung nachgesehen.

Schweiz.

St. Gallen, 20. Aug. Der Sekretär des Kriegskommissariats, Kirchhofer, ist mit 17,000 Fr. nicht abgelieferter Gelber nach Amerika durchgebrannt, und über den ersten Aktuar der Kriminalkommission, ebenfalls wegen unordentlicher Kassaführung, Untersuchung verhängt. Kirchhofer wurde in Havre aufgegriffen, und man fand noch etwa die Hälfte des unterschlagenen Geldes auf ihm. — Im St. Gallischen Oberland macht die Traubenkrankheit erschreckende Fortschritte.

Italien.

Turin, 20. Aug. Man zeigt von Rom den Tod des Kardinals Marini an.

Frankreich.

Paris, 21. Aug. Die „Patrie“ meldet, daß die drei Depeschen des Hrn. Drouyn de Lhuys, des Grafen Russell und des Grafen Kalchberg heute dem Fürsten Gortschakoff übergeben werden sollten. Ich glaube zu wissen, daß bis heute die französische Regierung selbst noch jeder Nachricht des Herzogs von Montebello entbehrt, daß Fürst Gortschakoff einen Tag zur Entgegennahme derselben festgesetzt hätte. Ebenso widersprechen meine Privatnachrichten der gestern von der „France“ gemachten Mittheilung über die in Rußland herrschende friedliche Stimmung. Im Gegentheil, das Drängen des russischen Volks nach einer kriegerischen Initiative wird, wie ich aus zuverlässiger Quelle erfahre, immer stärker. Der schon angeführten „Patrie“ zufolge wäre es ungenau, daß, wie behauptet wurde, in der französischen Note angedeutet sei, daß das Tuilerienkabinet, im Fall einer Weigerung Rußlands, seine volle Freiheit zu handeln sich vorbehalten. Die drei Depeschen beschränken sich in ihren identischen Schlusssatzungen darauf, die Regierung des Kaisers Alexander für die Folgen verantwortlich zu machen, welche die Fortdauer der Unruhen in Polen nach sich ziehen könnte.

Zu offiziellen Kreisen will man versichern, daß die Annahme der mexikanischen Krone durch den Erzherzog Maximilian gewiß ist. — Der Minister des Innern hat an die Präfekten ein Ausschreiben gerichtet, worin er sie auffordert, die Präsidenten der Generalräthe zu ersuchen, keine politischen Reden zu halten. Man erfährt, daß auf Betrieb Fould's

Mehrere dieser Präsidenten, insbesondere Worny, Lagueronnière, Verigny u., namentlich den Wunsch ausdrücken wollten, den Frieden um der Polen willen nicht gestört zu sehen. — Man bemerkt allgemein den offizösen Beifall, welchen der „Constitutionnel“ dem Entscheid des Staatsraths gegen die 7 Bischöfe zollt: „Alle geraden Männer ohne Vorurtheil — sagt das genannte Blatt — alle Bürger, welchen die Unabhängigkeit des Staats am Herzen liegt, alle Katholiken, die es gut meinen mit der Würde der Religion, werden dieser klugen Strenge Beifall zollen.“ Weit weniger enthusiastisch über den Vortrag des Herrn Staatsraths Sumprich spricht sich die „Presse“ aus. „Wenn man, sagt sie, den Vortrag des Herrn Staatsraths las, so kann man nicht mehr sagen, das Wort wurde dem Menschen gegeben, um seine Gedanken zu verbergen, sondern man muß sagen, das Wort wurde dem Menschen gegeben, um den Mangel an Gedanken zu verbergen.“ Mgr. Dupanloup wird, wenn seine Gesundheit es erlaubt, dem Hrn. Staatsrath in einer Broschüre antworten. — Das „Leben Jesu“ von Renan findet einen Widersacher, dessen der Verfasser sich sicher nicht verah. Hr. Patrice La roque, ehemaliger Rektor der Universität, Verfasser einer antikatolischen Schrift nämlich, findet, daß Hr. Renan die Evangelien nicht energisch genug angriff, und wird dies in einer bei Dentu erscheinenden Broschüre nachholen. In einer Gemeinde bei Ploermel (in Deutschland durch Meyerbeer's Oper bekannt) wurde das Buch Renan's zum Auto-da-fé verurtheilt und öffentlich verbrannt. — 3proz. 67.55. Cred. Mob. 1102.50. Ital. Anl. 72.55.

Großbritannien.

London, 20. Aug. (Köln. Ztg.) Die Konjunkturpolitik hat einen freien Spielraum, seitdem das Gebiet der Thatsachen durch Absehung der drei Noten eine für die Journalisten unangenehme Abgrenzung gefunden hat. Man weiß, daß Tage und Wochen vergehen werden, ehe Rußland antworten wird. An den Ausbruch des Krieges glaubt hier Niemand mehr. Von der russischen Antwort erwartet man nur in dem Fall Gutes, wenn bis zur Rückkehr des Kaisers von Rußland die Insurrektion — wie man sich in Petersburg schmeichelt — besiegt ist. Zwischen hier und Paris sind die Beziehungen gespannt. Man glaubt hier, Frankreich werde im Fall einer abschlägigen Antwort von Rußland seine freie Hand dazu benutzen, seinen Botschafter aus Petersburg abzuberufen. Oesterreich sucht man von Paris sehr zu bearbeiten, und Fürst Metternich hat noch immer die Hoffnung, der Kaiser Franz Joseph sei für ein Truz- und Schutzbündniß mit Frankreich zu gewinnen.

Türkei.

Konstantinopel, 15. Aug. Nubar Bey ist mit den letzten Beschlüssen der Pforte rücksichtlich des Suezkanals nach Alexandria zurückgekehrt. Das Frohnabschaffungs-Gesetz ist zu Gunsten der Gesellschaft modifizirt, die Arbeiterzahl auf die Hälfte reduziert und Lohnerhöhung angeordnet. Die Gesellschaft verzichtet auf die KonzeSSION der Landabstretungen längs des Kanals, und letzterer wird unter internationaler Garantie neutralisirt.

Ägypten.

Alexandria, 19. Aug. Die telegraphischen Verbindungen mit Europa sind wieder hergestellt. Der französische Generalkonsul, Hr. Dartu, wird morgen die anamitischen Gesandten dem Vizekönig vorstellen. Das Wachsen des Nils gibt zu Beunruhigungen Anlaß.

Alexandria, 19. Aug. Die anamitische Gesandtschaft bleibt hier bis zur Ankunft des französischen Schiffes, welches sie nach Frankreich bringen soll. Sie werden die Gäste Ismail Pascha's sein, der ihnen einen Ballast zur Wohnung überwiesen hat. Die Gesandtschaft besteht aus 72 Personen. Nubar Pascha ist heute nach Frankreich abgereist, mit einer Mission in Betreff des Suezkanals. Man schreibt aus Suez, daß das Transportschiff „Garonne“ nach Frankreich abgegangen ist; es wird an der Reimonsinsel anlegen.

Asien.

Schanghai, 4. Juli. Die kaiserl. chinesischen Truppen haben das von den Taipings besetzte Nanking angegriffen und sich in den Besitz dreier Forts gesetzt. Japan hat die von England beanspruchte Entschädigung bezahlt. Der Mikado [das geistliche Oberhaupt, wie der Taikun das weltliche ist] hat befohlen, alle Ausländer aus dem Lande zu jagen und ihren Schiffen die japanischen Häfen zu sperren. — Der durch das Erdbeben von Manilla angerichtete Schaden wird auf 40 Mill. Dollars geschätzt.

Amerika.

New-York, 11. Aug. Eine südstaatliche Abtheilung bewacht das südliche Ufer des Rappahannock. Die Unionisten halten Staffort-Court-House und Aqua-Crux besetzt. Das Unionistenkorps, welches Charleston belagert, hat eine Verstärkung von 8000 Mann erhalten. Der südstaatliche General Braxton Bragg ist in Chattanooga; ein Theil seines Armeekorps ist in Rom in Georgia. Es geht

das Gerücht, Bragg werde durch Bishop-Poll ersetzt werden. Der Commodore Farragut ist in Neu-York angekommen. Man erwartet einen Kampf bei Fort Munt auf indianischem Territorium. Der „Richmond Spannon“ greift die Regierung Jefferson-Davis an.

Neu-York, 12. Aug. Die Belagerung von Charleston nimmt unter Umständen, die den Unionisten günstig sind, ihren Fortgang. Die Stellungen Lee's und Meade's sind stets dieselben. Lee droht damit, seine Entlassung einzureichen, falls die „Unionisten-Kapitäne“, für welche sein Sohn Geißel ist, getödtet werden. — Der Dampfer „Georgia“ von Neu-York, der nach Liverpool bestimmt war, hat auf einer Sandbank Schiffbruch erlitten.

Baden.

Karlsruhe, 22. Aug. Aus dem Programm über die Prüfungen an unserm Lyceum entnehmen wir, daß die Schülerzahl am 12. Juli l. J. 451 betrug. Vorher stand sie auf 504, wovon 312 der evangelischen, 151 der katholischen Konfession angehörten und 41 Israeliten waren. Die Vorschule zählte Anfangs 682 Schüler, die am 12. Juli sich auf 621 vermindert hatten. Für protestantische Schüler wurden Stipendien im Betrag von 620 fl., für katholische von 250 fl. bewilligt. In Betreff des Turnunterrichts, der durch Entgegenkommen des Turnvereins von dem „gewandten Turnlehrer Karl Gerth aus Berlin“ erteilt wurde, klagt der Vorbericht, daß der beabsichtigte Zweck nicht oder nicht vollständig zu erreichen war, indem zahlreiche Dispositionsfehler eingetreten sind, die bis in die letzten Wochen des Schuljahres reichten. Wenn es auch manchmal nicht an beachtenswerthen Begründungen fehlte, so liege doch die Vermuthung nahe, daß diese Fehler entweder in einer gewissen Eile und Unachtsamkeit der Schüler oder in Gleichgültigkeit und Widerwillen der Eltern ihren Grund habe. „Die Vertretung“ fährt der Vorbericht fort — mit dieser Erfahrung der gleichzeitigen, noch immer wiederholte Vorwurf, daß die Schöne auf unsern Schulbänken körperlich verkümmern? Seit Ostern erhielt auch eine Anzahl Schüler der oberen Klassen Privatunterricht in der Stenographie durch den Polytechniker Ad. Bazar aus Wien. Von den im vorigen Jahre entlassenen 13 Oberlehrern widmen sich zwei der Jurisprudenz, zwei dem Kammerfach, einer der Medizin, und acht, worunter ein Israelite, der Theologie theils mit, theils ohne Philologie. Der Lycenumsaal ist auf Anordnung groß. Hof-Domänenkammer im Laufe des Sommers in sehr ansprechender Weise hergestellt und ausgeschmückt worden. Von der Errichtung einer höhern Bürgerschule in unserer Stadt erwartet das Lyceum den doppelten Gewinn, daß ihm die früher von der polytechnischen Vorschule benützten Lehrsäle zurückgegeben, und daß Schöne, deren künftige Lebensbestimmung keine gelehrten Studien erfordern, auch bei Zeiten die derselben besser entsprechenden Wege betreten werden.

Aus dem Hanauer Land, 18. Aug. Nachdem wir längere Zeit eine anhaltend trockene, tropische Hitze ertragen hatten, brachten die letzten Tage eine Aenderung. In der Nacht vom Sonntag auf Montag entlud sich ein prachtvolles Gewitter mit strömendem Regen. Die Freude darüber war aber kaum recht empfunden, als gegen 5 Uhr Morgens ein fürchterliches Hagelwetter losbrach, das über die Gemarkungen von Rehl, Korf, Egelsbühl u. s. w. hinweg und überall durch eine Anzahl zerstreuter Fensterheben, Verwüstungen auf Feldern und in Gärten, zerrissene und entwurzelte Bäume und erschlagene Vögel seinen Weg bezeichnete. Gegen 9 Uhr entlud sich das zweite Gewitter, das ohne Schaden vorüberging. Dagegen brach nach 1 Uhr das dritte an demselben Tage los und richtete dem Vernehmen nach gegen Garsauweier und Hesselbühl hin ebenfalls arge Zerstörungen an. Die vorher kaum noch zu ertragende Hitze hat sich allerdings etwas gemildert, aber auffallend kühl ist es noch nicht geworden. Glücklicher Weise war die Fruchtperiode schon gänzlich (mit Ausnahme des Habers) und der Haas größtentheils eingebracht, so daß wenigstens die wichtigsten Handelsprodukte dem Schaden entgingen.

Freiburg, 21. Aug. Der „Oberh. Kur.“ schreibt: Seit gestern verweilt Kardinal Graf Reisa dahier im erzbischöflichen Hofe, wofür derselbe sein Absteigequartier genommen hat. Man bringt seine Anwesenheit mit der Ernennung eines Coadjutors, dessen Aufstellung unser hochbetagter Hr. Erzbischof nun selbst wünsche, in Verbindung. Der Hr. Kardinal soll vom Stifte Neuburg bei Heidelberg kommen, wo vor kurzem mehrere höhere Würdenträger der katholischen Kirche zu einer Besprechung süddeutscher Kirchenzustände sich vereinigt hatten.

Vermischte Nachrichten.

Karlsruhe, 22. Aug. Zur Theilnahme an der XII. Wanderversammlung deutscher Bienenwirthe, welche vom 1. — 3. l. M. hier abgehalten wird, haben sich bereits Herr Pfarrer Dierzon, der Großmeister der deutschen Bienenzucht, Pastor Klein, Oberstleut. v. Weßel, und andere hervorragende Bienenzüchter angemeldet.

Frankfurt, 21. Aug. Der „Köln. Ztg.“ zufolge erhielt Hrn. Abeline Patti für ihr Gastspiel (Kosine im „Barbier von Sevilla“) am vorigen Mittwoch 6000 Franken.

Einbau, 18. Aug. Das im neuen Hafen zu Nordsach liegende, gehobene Dampfsboot „Ludwig“ wird kommende Woche unter amtlicher Leitung im Wege des Ausschusses öffentlich versteigert werden. Die früher am Schiffe befindlichen, zu Luftkissen benützten großen Lagerfässer in der Gesamtzahl von 13 Stück wurden dieser Tage versteigert.

Bonn, 21. Aug. (Köln. Ztg.) Der hiesige Konstituionelle Verein hat unter dem 19. August an den heute in Frankfurt zusammentretenden Abgeordneten eine Adresse gerichtet, in der es heißt: „Sie, hochverehrte Herren, sind zwar nicht mit der Macht ausgestattet, Ihren Beschlüssen unmittelbar Geltung zu verschaffen; aber sie können protestiren gegen jeden Versuch, der von anderer Seite her gemacht wird, sich allein die Berechtigung zu entscheidenden Beschlüssen über Deutschlands Zukunft beizulegen.“

In Weimar tagen gegenwärtig die deutschen Künstler. Am 18. d. wurden in einer Sitzung des Künstlerkongresses folgende Fragen behandelt und — meist nach sehr kurzer Debatte bei sehr präzisierter Leitung durch Professor Diez von Karlsruhe — erledigt: 1) Die Albrecht-Dürer-Stiftung — ein vermittelnder Antrag des Gesamtkomitees (zwischen einem Wiener und einem Düsseldorf'schen Antrage) — wird angenommen; allgemeine Verpflichtung der Mitglieder der deutschen Künstlergenossenschaft zu freiwilligen Beiträgen für den Albrecht-Dürer-Fonds, mit Ueberlassung der Beiträge an die Lokalkomitees; 2) Organisation einer Ausstellungsjury durch die deutsche Künstlergenossenschaft (von Berlin aus angeregt) — verlegt zu vorläufiger Begut-

achtung durch die Lokalkomitees; 3) Vertretung der Kunst in der Presse (in Folge äußerer Anregungen von Presseorganen in Berlin und Kassel); man beschließt, ein bestimmtes Organ für die Künstlergenossenschaft nicht sich anzueignen, doch wird die Kasseler Chronik als verdienstlich empfohlen; 4) geistiges Eigenthum an Werken der Kunst. Ein Gesetzentwurf ist vorbereitet und soll beim Bundestag eingereicht werden. Endlich sprach die Versammlung noch auf Einladung des Präsidiums ihr warmes Interesse an den energischen Bestrebungen der belgischen Künstler für Entwicklung des germanischen Elementes der Kunst, und ihren besondern Dank gegen Hrn. Loos, früheren Bürgermeister von Antwerpen und jetzigen Deputirten, wegen der kräftigen Unterstützung der deutschen Kunst aus, indem sie demselben auf Antrag von Wiener die Ehrenmitgliedschaft der deutschen Künstlergenossenschaft einstimmig verlieh.

Berlin, 20. Aug. (Südd. Ztg.) Am 12. und 13. Aug. versammelten sich zu Eisenach Vertreter von 13 deutschen Burschenschaften (welche bekanntlich der einzige Faktor in der Studentenschaft sind, der prinzipiell seine Mitglieder zur Theilnahme an den vaterländischen Angelegenheiten anhält) zu einer Vorbereitung zur Konstituierung eines allgemeinen deutschen Burschenschaftsbundes. Vertreten waren Burschenschaften der Hochschulen Berlin, Bonn, Breslau, Göttingen, Greifswald, Jena, Halle, Heidelberg, Leipzig und Marburg. Der von den Vertretern aller dreizehn Burschenschaften vereinbarte Entwurf zu einem Bundesstatut soll den Verhandlungen mit den übrigen Burschenschaften auf einem spätern Tage zu Grund gelegt werden.

Königsberg, 18. Aug. (K. S. Z.) Von den beiden, vor einigen Wochen hier erschienenen Flugchriften: „Die Verfassungs-urkunde und der patriotische Verein zu Königsberg in Preußen“ und: „Was bestimmt das Gesetz über Auflösung öffentlicher Versammlungen?“, ist, nachdem die beiden ersten Auflagen in der Stärke von mehr als 2500 Exemplaren vergriffen sind, eine neue Ausgabe veranfaßt und so eben ausgegeben worden.

Deutscher Abgeordnetentag.

Frankfurt, 21. Aug. (Südd. Ztg.) Es war beinahe 10 Uhr geworden, als Dr. Eigmund Müller heute Morgen die Versammlung des deutschen Abgeordnetentags eröffnete und willkommen hieß. Bezüglich der Wahl des Präsidenten schlug Johann der Vorsitzende der kurhessischen Ständekammer, Oberpostmeister Reibelhau aus Kassel, im Namen der ständigen Deputation zum ersten Präsidenten v. Bennigsen aus Hannover vor, zu Vizepräsidenten Dr. Barth aus Kaufbeuren und v. Unruh aus Berlin. Die Versammlung schloß sich diesem Vorschlage an. v. Bennigsen, nachdem er für das ihm geschenkte Vertrauen gebankt: Wichtige Fragen hätten den Abgeordnetentag zu beschäftigen, vor Allem das österreichische Reformprojekt. Ein Mandat habe die Versammlung nicht; wenn sie also durch ihre Beschlüsse einen Erfolg erzielen wolle, so könne dies nur geschehen unter der Voraussetzung der größtmöglichen Einmütigkeit. Dann aber dürften wohl auch die gefaßten Beschlüsse ihres Eindrucks auf die versammelten Fürsten nicht verfehlen. Es siehe ihm nicht zu, als Vorsitzender über die Gegenstände der Tagesordnung im voraus sein Urtheil abzugeben; aber das dürfe er wohl aussprechen, daß eine Reform der Verfassung Deutschlands nur unter der Zustimmung eines deutschen Parlaments möglich sei. (Bravo!) Die beiden Vizepräsidenten dankten hierauf ebenfalls. Zu Secretären wurden vom Vorsitzenden bestellt: Dr. Schneider aus Frankfurt und Advokat Eigel aus Dresden; und hierauf die Frage gestellt, ob die Versammlung geneigt sei, die Tagesordnung anzunehmen? Die Versammlung erklärt sich bis auf Benebey aus Badenweiler hiermit einverstanden. Der Vorsitzende verliest hierauf den vom Ausschusse eingebrachten bekannten Antrag. Weitere Anträge werden eingebracht von Dr. H. Beder aus Düsseldorf, Welsch aus Heidelberg, Dr. Karl Grün aus Frankfurt, Alexander v. Seydel aus Düsseldorf, Dr. Ammermüller aus Stuttgart, Fischer aus Breslau, und Benebey aus Badenweiler. Hierauf erhält Prof. Häußler aus Heidelberg als Berichterstatter des Ausschusses das Wort. [Siehe u. Schluß des gegenwärtigen Berichtes.] Auf Veranlassung des Vorsitzenden verliest derselbe auch noch folgenden (weiteren) Antrag des Ausschusses, dessen Inhalt mit nur wenigen Worten begründend: „Die ständige Kommission wird beauftragt, dem weitem Verlauf der neuesten Reformbestrebungen ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, und wenn Ereignisse eintreten oder veränderte Vorlagen erfolgen, welche eine Thätigkeit des Abgeordnetentags notwendig machen, sofort die erforderlichen Schritte zu thun, namentlich eine außerordentliche Versammlung des Abgeordnetentags zu veranlassen, auch in geeigneten Fällen vorläufige Erklärungen auf der Grundlage der Beschlüsse des Abgeordnetentags in Vertretung desselben abzugeben.“

Venebey: Der Fürstentag werde, wie er glaube, nicht fertig werden mit seiner Arbeit; deßhalb und damit die Fürsten allein arbeiten sollten, habe er den Antrag eingebracht, daß sich der Abgeordnetentag bis zum 18. Oktober vertage. Durch den Antrag des Ausschusses sei dies aber erledigt und deßhalb ziehe er seinen Antrag zurück.

Dr. Beder aus Düsseldorf: Der Antrag des Ausschusses scheint ihm überflüssige Dinge zu enthalten und deßhalb habe er seinen Antrag, der in allen wesentlichen Punkten ganz mit dem des Ausschusses übereinstimme, gestellt. Der Berichterstatter habe so zahlreiche Mängel des Entwurfs hervorgehoben; daß er deren keine neue hinzuzufügen brauche. Aber eben deßhalb solle man auch auf weiter nichts eingehen und sich wohl hüten, im Namen der Nation eine Erklärung abzugeben, die zu geben man kein Recht habe. Nur ein Parlament sei hier kompetent, sich auszusprechen. Dazu komme, daß man ja gar noch nicht wisse, wie der Fürstentag selbst sich eigentlich entscheiden werde. Bis jetzt sei doch nur das bekannt, was der Kaiser von Oesterreich vorgelegt. Was weiter aus diesem Entwurf sich entwickeln werde, wisse man nicht. Es siehe ja noch nicht einmal fest, wie die preussische Regierung sich zu dem Projekt Oesterreichs stellen werde. Also nur ein Parlament könne sein Urtheil abgeben. Sein Antrag laute: „In Erwägung, daß der deutsche Abgeordnetentag zur Aenderung der von dem deutschen Parlament beschlossenen Reichsverfassung Vorschläge Namens des deutschen Volkes zu machen oder entgegenzunehmen nicht berechtigt ist, daß aber die Mitglieder des deutschen Abgeordnetentages — wie jeder deutsche Mann — so besugt wie verpflichtet sind, die unveräußerlichen Ansprüche des deutschen Volkes auf nationale Unabhängigkeit und staatliche Einheit jeder Zeit zur Geltung zu bringen, beschließt der zweite deutsche Abgeordnetentag, das bringende Verlangen auszusprechen: 1) Daß das von dem deutschen Volke unter Anwendung der Bundesrats-Beschlüsse vom 30. März und 7. April 1848 frei zu erwählende deutsche Parlament schleunigst einberufen werde, und 2) daß diesem Parlament, wenn die deutschen Fürsten Aenderungen an der deutschen Reichsverfassung für nöthig erachten, die hierauf zielenden Anträge zur Beschlußnahme vorgelegt werden.“

Geh. Rath Weller aus Heidelberg: Man müsse einfach auf den Boden der Reichsverfassung zurückgehen, wie dies ja auch in Weimar geschehen sei. Davon dürfe man in keinem Falle abgehen, denn sie sei rechtmäßig entstanden und keineswegs auf revolutionärem Wege. Das rechtmäßige Zustandekommen der Reichsverfassung wird hierauf vom Redner in ausführlicher Weise nachgewiesen. Im Rechtsbewußtsein des Volkes stehe die Reichsverfassung noch fest, und das solle man in Ehren halten. Recht sei Ehre und Recht sei Friede — an diesem alten Wort wollten wir festhalten. — Der Antrag Weller's lautet: „Die Versammlung der deutschen Abgeordneten wolle beschließen: „Es sei mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die deutsche Reichsverfassung, welche 1848 und 1849 von der gesetzmäßig berufenen, verfassunggebenden Nationalversammlung beraten, beschlossen und verkündet wurde, alsbald in's Leben trete; daß insbesondere durch eine nach dem Reichswahlgesetz alsbaldig zu berufende Reichsverammlung im Verein mit den Regierungen eine zeitgemäße Ausfüllung der in der Reichsverfassung bestehenden Lücken, eine Vornahme etwa notwendiger Aenderungen, sowie auch die angemessene Berücksichtigung aller etwaigen einseitigen Regierungsbeschlüsse in der deutschen Verfassungssache auf diesem allein rechtmäßigen Wege zur endgiltigen Beschlußfassung gebracht werden; daß endlich, falls die Schwierigkeiten einer alsbaldigen Zusammenberufung der Reichsverammlung auf leichteren Wegen nicht zu beseitigen wären, ein allgemeines nationales Vorkonventum zusammenzutreten, um zu beraten, auf welchen Wegen die Schwierigkeiten zu beseitigen sein möchten, welche sich dem endlichen Eintritt der Nation in ihre heiligen Rechte und in eine würdige Stellung unter den Völkern der Welt entgegenstimmten.“

Dr. Grün aus Frankfurt: Sein Antrag habe nur den Vorzug der Zweckmäßigkeit für sich. Er halte dafür, daß der Antrag des Ausschusses Dinge enthalte, die nicht hinein gehörten. Diese zu beseitigen sei mit die Absicht bei seinem Antrag. Der Rechtsboden von 1848, die Reichsverfassung und das Reichswahlgesetz dürfen nicht aufgegeben werden, und zwar das letztere so wenig, wie die Reichsverfassung selbst. Aus demselben Grunde sei er auch dagegen, daß über das Gebiet des Bundes Etwas gesagt werde, da ja im ersten Artikel der Reichsverfassung das hier allein Entscheidende gesagt sei. Die Courtoisie gegen das Werk der Fürsten rechtfertige sich wohl, wenn man bedenke, daß das Entgegenkommen der Fürsten immerhin sehr anzuerkennen sei. Das die Deputation aus der Mitte des Abgeordnetentags im Schöße des Fürstentags Aufnahme finden werde, bezweifle er nicht. In Frankfurt sei man wohl höflicher, als man vielleicht an einem andern Ort gewesen sein würde. Der Vorwurf der Unverschämtheit würde den Fürstentag treffen, wenn er die Deputation nicht empfangen wollte. Er empfehle daher seinen Antrag. Derselbe lautet: „In Erwägung, daß die Berufung des gegenwärtig hier tagenden Fürstentages, zu der sich ja sämtliche Souveräne eingefunden haben, nur aus dem tiefgefühlten und allseitig anerkannten Bedürfnis einer Reform der deutschen Reichsverfassung hervorgegangen sein kann, — und daß in dem von Sr. Maj. dem Kaiser von Oesterreich vorgelegten Entwurf einer Reformakte des Deutschen Bundes auf eine Bundesabgeordneten-Versammlung des deutschen Volks beantragt ist, — daß die Rechte des deutschen Volks auf Einheit und Freiheit in der Reichsverfassung vom 28. März 1849 historisch festgelegt vorliegen und daß das diese Verfassung angehängte Reichswahlgesetz die unumstößliche Norm für die Bildung einer gesammteutschen Volksvertretung abgibt, — daß die Reichsverfassung selbst in manchen einzelnen Bestimmungen einer Revision zu unterwerfen ist, sofern diese Revision nur einer kompetenten Zustimmung anheimgegeben wird: beschließt der Abgeordnetentag, den Fürstentag zu ersuchen, sofort auf Grund des Reichswahlgesetzes von 1849 ein deutsches Parlament nach Frankfurt a. M. zu berufen und diesem Parlament das Resultat seiner Beratungen über die Reformakte des Deutschen Bundes vorzulegen, bezw. seine Anträge durch Vertrauensmänner bei dem Parlament vertreten zu lassen; beschließt ferner eine Deputation aus seiner Mitte zu ernennen, welche vorstehenden Beschlüssen des Fürstentages zu überreichen hat.“

v. Seydel aus Düsseldorf: Wenn man so weit gehe wie der Vordr. dann könne man ja wohl noch einen Schritt weiter gehen und dem Fürstentag vorschlagen, das ganze österreichische Projekt einmal verständig in Szene zu legen. Die Fürstentagsversammlung sei da, der Bundesrat sei da, und die Stelle der Delegirtenversammlung könnten wir ja wohl übernehmen. Er glaube aber nicht, daß man sich auf diesen persönlichen Weg begeben dürfe. Der Berichterstatter hob: genügend hervorgehoben, daß sehr wesentliche Bedenken gegen die Annahme des österreichischen Projekts sprächen, und nur bei einigen Punkten sei er nicht mit dem Ausschusse einverstanden: man dürfe den einheitlichen Bundesstaat, wie er in der Reichsverfassung Ausdruck gefunden, nicht aufgeben; man dürfe zweitens die Gleichberechtigung der beiden deutschen Großmächte nicht als notwendig hinstellen und die Provinzen Ost- und Westpreußen nicht in das Bundesgebiet hineinziehen wollen, denn man solle dem Königen der beiden Großmächte um ihre Aufstellung nicht entgegenzutreten und Preußen nicht zumuthen, durch das Eintreten mit allen seinen Provinzen in den Bund Oesterreich gegenüber seine Großmachtstellung aufzugeben. Der Schwerpunkt jedoch der heute zu fassenden Beschlüsse liege im Parlament, und über diesen Punkt hoffe er daher, daß jedenfalls eine vollständige Einigung hier erzielt werde.

Ammermüller aus Stuttgart: Die Grundlage seines Antrags sei die, daß es den Fürsten nicht freistehen dürfe, über das Geschick des deutschen Volks nach Belieben zu schalten. Es sei daher nöthig, daß die Giltigkeit der Reichsverfassung von 1849 ausdrücklich von der Versammlung als bestehend erklärt werde. Dabhi zielten allerdings auch die Anträge von Weller und Beder, und wolle er versuchen, sich mit einem derselben hinsichtlich eines gemeinschaftlichen Antrags zu einigen.

Fischer aus Breslau: Die Reichsverfassung sei der Kernpunkt aller unserer Bestrebungen. Man müsse daher erklären: derjenige Fürst sei der deutsche Kaiser, sei der unrig, der zuerst die Reichsverfassung anerkenne und zur Ausführung bringe. Dabhi ziele denn auch sein Antrag. Derselbe laute: „Ich beantrage, die versammelten hohen Fürsten und Sr. Maj. den König von Preußen durch Adressen und Deputation zur Annahme der Reichsverfassung von 1849 mit den Aenderungen, welche durch den Eintritt Oesterreichs notwendig werden, zu veranlassen.“

Schulze-Delitzsch aus Potsdam: In allen Anträgen fehlte der Gedanke wieder, daß wir nicht kompetent seien, über die Annahme des österreichischen Projekts sich zu entscheiden. Das schließe aber nicht die Befugniß dieser Versammlung aus, sich über einzelne Punkte auszusprechen. Denn wir seien jedenfalls Männer des öffentlichen Vertrauens. Er glaube zwar, das österreichische Projekt führe uns nicht zur wirklichen Einigung, sondern von diesem Wege ab. Trotzdem begrüße er das Projekt der Fürsten mit Freude, jedoch nicht Das, was geboten werde, sondern die Gesinnung, aus der es hervorgegangen. Wir seien denn doch damit ein Stück weiter gekommen. Das nationale Gewissen sei bei den Für-

ten erwacht. Aber freilich das Gewissen der Fürsten sei etwas anders konstituiert, als das von uns einfachen Privatleuten. Bei den Fürsten zeige sich das Gewissen besonders in dem Bestreben darauf, wie man einer Schuld ausweichen solle, bei uns dagegen darin, daß wir eine Schuld zu tilgen uns bereit erklären. So sei es auch mit dieser Vorlage. Geschicht sei das Ding gemacht, und er wünsche wohl, daß es einmal in's Leben trete, denn dann werde sich der ganze Zauber des Staatenbundes einmal öffentlich und klar zeigen, freilich mit uns selbst als den Mitschuldigen. Er sei unbedingt für die Ausschusspanträge. Auf die Reichsverfassung könne man nicht zurückgreifen der Vorlage der Fürsten gegenüber, wenn auch unser Recht darauf zweifellos sei; denn das heiße den Fürsten aus einer großen Verlegenheit helfen. Nehme man die Vorlage rund ab, so gingen die Fürsten ruhig nach Hause und sagten, sie hätten ihre Schuldigkeit getan. Man müsse hier politisch verfahren. In Weimar habe er gesagt, die Fürsten würden sich noch konfuzieren machen in der Werbung um die Sympathien des Volkes. Nun wohl, so sei es gekommen. Aber diesen Vortheil dürfe man nicht aus der Hand geben. Die preussische Spitze sei in diesem Augenblick unmöglich, das sage er offen. Es schmerze dies das preussische Volk, obwohl nicht aus dynastischer Eitelkeit, sondern weil es schmerze, den deutschen Interessen die Macht des preussischen Volkes und Staates nicht zur Verfügung stellen zu können. Den Artikel 4 des Ausschusspantrages hätte er wohl auch aus dem Antrage ausgelassen, aber die nichtpreussischen Mitglieder hätten ihn hineingebracht. Nun er aber einmal drin sei, dürfe er nicht herausgemergelt werden. Es sei aber doch auch gut, wenn Preußen einmal der Großmachtigkeit vertrieben und es zu einer reindeutschen Macht gemacht werde. Das ceterum censeo aber des Abgeordnetentages müsse sein, daß auch dem Fürstentage wie jeder Sachlage gegenüber das deutsche Volk fest und neu hinter seinen Vertretern stehen müsse. Denn wenn das nicht der Fall sei, so verdiene das deutsche Volk das Schicksal, das ihm bereitet werde. (Lebhafte Beifall.)

Fräulein aus Kurhessen: Es herrsche überall noch in den deutschen Volkvertretungen eine gewaltige Dosis von Partikularismus. Er möchte deshalb nicht bloß das, was gesagt werden müsse, an die Fürsten adressieren, sondern auch an das deutsche Volk und seine Vertreter. Das Recht von 1848 und 1849 wieder herzustellen und jeden deutschen Bürger dazu zu verpflichten, das sei die Aufgabe; damit kämen wir noch weiter als mit der Reichsverfassung. — Redner verliest sodann einen Antrag, nach welchem die Vorlage Oesterreichs bestenfalls acceptiert werden soll unter der Bedingung der Genehmigung durch ein Parlament; kann aber den Schluß seiner Rede nicht vollenden, weil er die ihm nach der Geschäftsordnung zugewiesene Zeit von 10 Minuten bereits erschöpft hat.

Hierauf Unterbrechung der Sitzung bis 1/3 Uhr.
Nach wieder eröffneter Sitzung theilt der Präsident mit, daß inzwischen zwei weitere Anträge eingegangen seien: von Benedey und Genossen, und von Weller, Becker und Ammermüller. Letzterer Antrag tritt an Stelle der Einzelanträge, welche jeder dieser drei Herren heute Morgen selbständig eingebracht hatte. Hierauf erhält das Wort

Benedey: Es sei bei der Bedeutung des Fürstentages notwendig, daß unmittelbar nach dem Fürstentage ein Abgeordnetentag aller deutschen Abgeordneten einberufen werde. Dieser Abgeordnetentag, wie er ihn beantrage, solle nicht bloß eine Partei vertreten, sondern das ganze deutsche Volk. Inwiefern weiche sein Antrag von dem Ausschuspantrag ab. Aber auch dagegen sei er, daß der Ausschuss ohne weiteres die Befugnisse haben sollte, Erklärungen im Namen des Abgeordnetentags abzugeben.

Der Vorsitzende theilt mit, daß auch v. Sybel seinen Antrag zu Gunsten des von Weller, Becker und Ammermüller zurückziehe. Zur Aufklärung dieses letzteren Antrages erhält sodann das Wort

Weller: Es gelte nur auszusprechen, daß wir aus der Periode der Wortmache heraus seien. Es ausdrücklich auszusprechen, daß ein Parlament berufen werden solle, halte er dagegen nicht für nöthig. Der historische Rechtsboden dürfe nicht aufgegeben werden. Uebrigens gebe es noch mehr Bedenken gegen die Vorlage Oesterreichs, als Hr. Häufiger hervorgehoben.

v. Sybel: Der Schwerpunkt der Sache werde durch den Antrag von Weller und Genossen am schärfsten ausgedrückt, deshalb habe er sich demselben angeschlossen, nicht deshalb, weil er verstanden gewollt auf den Tadel, den er gegen den österreichischen Entwurf ausgesprochen.

Höder aus Stuttgart: Es möge wohl in Oesterreich gehen, daß man eine Verfassung heute gebe und morgen zurücknehme, um später eine neue zu geben. Im übrigen Deutschland aber gebe dies nicht. Wie wollen unser Recht und halten daran fest; wir lassen uns kein Almosen geben. Wenn man aber an der Reichsverfassung mit starrer Unbedingtheit festhalte, und unter allen Umständen ein Parlament auf Grund des Reichsverfassungsgesetzes berufen wissen wolle, so gebe man zu weit. Die Reichsverfassung legt einen deutschen Kaiser voraus, um gültig zu sein. Wo sei aber der deutsche Kaiser, der die Nationalversammlung zu berufen habe? Wir hätten aber auch kein Staatenhaus, wie es die Reichsverfassung voraussetzt. Ferner dürfe nach den Grundrechten Niemand auf Grund von Vorrechten im Parlament sitzen. Wie verhalte es sich aber dem gegenüber mit dem Adel der Ersten Kammer? Der Ausschuss also sei viel konsequenter, wenn er auf Verneinung des Parlaments nach dem Reichsverfassungsgesetz verzichte. Es sei zuvor nöthig, daß eine zweite konstituierende Nationalversammlung einberufen werde, denn über der Reichsverfassung stehe noch die Souveränität des Volkes. Das sei es, daß man den Fürsten sage, eine zweite Nationalversammlung einzuberufen, um das Werk zu vollenden, das zum Theil wenigstens durch Schuld der Fürsten nicht in's Leben getreten sei. Zum Theil freilich sei auch die Nationalversammlung selbst am Mißlingen des deutschen Verfassungswerkes schuld, denn sie habe sich nicht nach den Mitteln umgesehen, um das von ihr beschlossene Werk auch durchzuführen. Er sei übrigens auch weiter der Ansicht, daß, so lange die beiden deutschen Großmächte da seien, ohne Verlegung des deutschen Gebiets und ohne Gewalt nichts Anderes denkbar sei; als ein Direktorium. An sich freilich sei er kein Lobredner des Direktoriums. Das Delegirtenprojekt sei dagegen absofut verwerflich, denn wie die Dinge jetzt lägen, könne man sich doch noch auf Grund seines guten Rechts gegen alle Uebergänge wehren; eine Delegirtenversammlung überliefe dagegen die Rechte und die Freiheit mit gebundenen Händen den reaktionären Elementen, die sich in ihrer Mitte ansammeln würden. Nur ein Volkshaus hege die nöthige Garantie für die Freiheit, ein Volkshaus sei der archimedische Punkt, von dem aus die deutsche Bewegung nach Freiheit und nationaler Macht vorwärts gebracht werden könne.

Affessor Jung aus Köln: Wenn wir im Prinzip einig seien, und das seien wir doch, so sei es einerlei, ob wir den Fürsten mit mehr oder weniger Sauce die Erklärung abgeben, daß wir ihr Projekt annehmen

wollen. Wenn Dem aber so sei, so gebe er dem kürzern Antrag von Weller und Genossen den Vorzug, denn der sei klarer und bestimmter.

v. Harrub aus Berlin: Er wolle zunächst einen mehr persönlichen Punkt berühren. Es könne wohl scheinen, als ob die Initiative Oesterreichs einem preussischen Abgeordneten und Mitglied des Nationalvereins unangenehm sein müsse. Dem sei aber nicht so. Er sei ein guter Preusse, aber doch nur so, daß er, wie ein guter Bayer und ein guter Hesse, zunächst und vor Allem ein guter Deutscher sei. Die Initiative zur Reform des Bundes könne nur ausgehen von einer der beiden Großmächte, nicht aber von einem Mittelstaat oder Kleinstaat. Es frage sich nun, wer befähigter sei, diese Aufgabe zu lösen, ob Oesterreich oder Preußen. Hierbei aber sei er der weitern Ansicht, daß der Staat zur Aktion über seine Grenzen hinaus am befähigsten sei, der in sich selbst am geschlossensten und geordnetsten sei. Dies sei aber bei Preußen der Fall. Für Preußen sei die Aufgabe eine unendlich leichte, es gehöre nichts weiter dazu, als der gute Wille. Man möge sich einmal ein Preußen denken, wie es sein solle, ein Preußen, das in der Hebung und Förderung aller deutschen Interessen seine Hauptaufgabe suche, und er frage, ob ein solches Preußen nicht geeignet sei, die deutsche Frage leicht zu lösen. Aber freilich, so liegen die Dinge nicht. Die Chancen, welche Preußen gehabt, seien vorüber. Oesterreich dagegen, für das die Aufgabe unendlich viel schwieriger sei, habe in den letzten zwei Jahren sehr große Fortschritte gemacht, und er habe sich daher gesagt, als er bisher gekommen, wenn Oesterreich wirklich nicht bloß die Schwächen Preußens auszunutzen wolle und kein Gaukelspiel treibe, so werde er auch der Führung Oesterreichs sich anvertrauen. Aber freilich Oesterreich habe denn doch nicht geboten, was er erwartet; der Berichterstatter habe dies ja auseinandergelegt. So bleibe denn nichts übrig für die preussischen Abgeordneten, als sich den Beschlüssen der übrigen Abgeordneten anzuschließen. Er bedauere, daß Preußen seine ihm so leichte Aufgabe nicht gelöst, und er bedauere, daß Oesterreich nicht genug getan, um seine Aufgabe zu lösen. Der Vordredner habe zwar gesagt, daß Parlament sei die Hauptsache und um das Uebrige mache man nur eine längere oder kürzere Sauce. Er sei jedoch der Ansicht, wenn man die Sache so ansehe, so heiße das einfach die Vorschläge Oesterreichs ablehnen. Was das Direktorium anbelange, so lägen die Dinge so: eine preussische Spitze sei nicht möglich, eine österreichische aber wollten die preussischen Abgeordneten wenigstens auch nicht, also bleibe nur ein Direktorium übrig. Aber diese Frage im Einzelnen kümmere uns vorerst nicht, die könnten wir vorerst auf sich beruhen lassen. Die Hauptsache sei ein Volkshaus, das Uebrige werde sich finden. Endlich seien Anträge eingebracht, welche auf Adressen und Deputationen hinausläufen. Dagegen bemerke er, die deutsche Einheit und Freiheit müsse erstritten, erarbeitet werden, nicht aber durch Bittschriften sie herbeizuschaffen.

Blom aus Düsseldorf bringt einen Verbesserungsantrag zu dem Antrag von Weller und Genossen ein und begründet denselben: Wir sprechen hier zu dem deutschen Volk, nicht zu den deutschen Fürsten, die noch nicht zu uns gesprochen. Mit den Fürsten hätten wir noch nichts zu sprechen. Es sei wohl ein Antrag von Oesterreich gestellt, auch sei derselbe durch den Druck veröffentlicht, aber an das Volk sei dieser Antrag nicht gerichtet worden. Der Antrag des Ausschusses aber scheine ihm wirklich etwas gekraut und widerspruchsvoll und nicht geeignet für das deutsche Volk. Das Wort des Kaisers, daß der Deutsche Bund, so wie er jetzt sei, nicht mehr länger bestehen könne, das Wort sei einfach und verständlich. Gut, so müsse auch von uns einfach und klar gesagt werden: das deutsche Reichsgesetz sei der Fels, auf dem wir stehen. Das deutsche Volk habe schon oft schätzbares Material geliefert; wer wisse, ob die deutschen Fürsten nicht auch jetzt an die Reihe kämen, einmal schätzbares Material zu liefern. Deshalb aber sollten wir auch nicht mehr sagen, als wir Veranlassung hätten.

Bilk aus Augsburg: Es liegt die Gefahr vor, wenn Männer derselben politischen Anschauung zusammenkommen, daß sie sich allmählich ergehen und in eine Stimmung hinaufschrauben, in der sie den Boden unter den Füßen verlieren. Er wolle, durch seine Erfahrungen als bayerischer Abgeordneter veranlaßt, hier die Wahrheit sagen, gleichviel ob er damit Dank verdienen oder nicht. In München sei er gut deutsch, hier in Frankfurt wolle er gut bayerisch sein, bayerisch im besten Sinne des Wortes. Er befände sich nicht in der Lage, wie der Hr. Vordredner, daß er sich nicht veranlaßt sehe, auf die Vorlage des Kaisers von Oesterreich deshalb keinen präsidenden Blick zu werfen. Er denke, es sei wohl gut, daraus einen Blick zu werfen, so lange dies noch möglich sei. Wenn wir warten wollten, bis wir besonders eingeladen würden, unsere Ansicht über die österreichische Vorlage zu sagen, so könnten wir wahrscheinlich lange warten. Es sei heute gesagt worden, man könne das Volk nicht ohne weiteres zur Revolution bringen; wenn man denn aber dies nicht könne, dann dürfe man auch nicht Dinge vortragen, die man nur im Wege der Revolution durchsetzen könne. Revolution kann man nicht machen, die macht sich von selbst. Er sei ganz damit einverstanden, daß dem deutschen Volke sein geschichtliches Recht verbleibe, aber man solle doch auch nicht allzu viel Legitimusismus in die Reichsverfassung hineintragen. Auch die Thatsache habe ihr Recht. Wir spotteten über die Legitimisten Frankreichs, über den Legitimusismus des alten Kursfürsten von Hessen, aber wir müßten uns auch hüten, zu Legitimisten der Reichsverfassung zu werden. Man solle nicht verlangen, daß die Organisation des deutschen Volks für und fertig aus dem Haupt des Kaisers von Oesterreich hervorgehe, man habe also auch nicht das Recht, seinen Reformplan deshalb ohne weiteres zurückzuweisen, weil er die Reichsverfassung nicht geboten. Das wäre Hohn, und keine Antwort, wie sie sich ziemte. Wenn ein Direktorium geboten werde, so finde man darin in Bayern etwas Annehmbares. Sollten wir aus diesem Grund den Reformplan zurückweisen, so würde man in Bayern sagen, das sei unverantwortlich gehandelt. Und nicht einmal er und seine hier erschienenen Freunde hätten den Muth dazu, dies zu verantworten; man möge also schließen auf die Meinung Derer, die nicht mit hierher gekommen. Wenn man gesagt, es sei eine Beleidigung des deutschen Volkes, daß man ihm kein Parlament geboten, so theilt man in Bayern diese Ansicht nicht, und er bitte daher, den Antrag Derer, welche dieser Ansicht seien, nur dann annehmen zu wollen, wenn man die Antragsteller zugleich mit Berufung und Durchführung eines Parlaments beauftrage. (Lebhafte, lang andauernde Beifall.)

Die heutige Nachmittagsitzung des Abgeordnetentages hob sich an innerem Interesse über die Morgenitzung noch merklich hinaus. Der Kampf drehte sich in beiden Sitzungen lediglich darum, ob man von dem Rechtsboden der Reichsverfassung aus das österreichische Projekt kurz beiseite, oder ob man den wohlbesonnenen Antrag des Ausschusses annehmen wolle. Mit besonderem Nachdruck sprachen für das letztere Bild, Löwe (Salze), Weg und der Berichterstatter Häufiger in seinem Schlußwort. Sammlische Antragsteller außer dem Ausschuss zogen darauf ihre Anträge zurück, und die fünf Sätze des Ausschusses wurden in Probe und

Gegenprobe einstimmig angenommen. Damit hat die Verhandlung das von uns vorausgesetzte Ergebnis in der großartigsten Weise gewonnen.

* Die Mittheilungen unseres eigenen Berichterstatters über die erste Sitzung des Abgeordnetentages sind uns so verspätet zugegangen, daß wir keinen Gebrauch davon machen konnten. Zur Ergänzung des vorstehenden Berichtes wollen wir jedoch hier folgen lassen, was er uns über die Rede des Berichterstatters Abg. Häufiger (Heidelberg) schreibt.

Redner drückt zunächst seine Freude aus über das Ereigniß des Reformentwurfs, denn ein freudiges Ereigniß sei es zu nennen, weil ein deutscher Fürst die Initiative im Reformwerk ergreifen und die übrigen ihm zustimmen haben. Ohne Hintergedanken wollen wir uns beßhalb an die Thatsache halten, daß das Reformbedürfniß von den Fürsten anerkannt ist. Was noch vor zehn Jahren verboten war, durchdringt jetzt selbst die Kreise der Regierung. Diese Thatsache bürgt dafür, daß die deutsche Frage jetzt nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden wird, ehe sie gelöst ist, und dies schon wird ein großer Verdienst des Fürstentages sein.

Zur Sache selbst weist Redner zunächst auf die Stellung des Ausschusses zu den Reformvorschlägen hin. Obgleich diese dem bundesstaatlichen Programm, das der Abgeordnetentag aufgestellt, nicht entsprechen, glaubt der Ausschuss doch gegenüber der fürstlichen Initiative nicht spröde auf einer einmal genommenen Position beharren, sich vielmehr, soweit mit der Ueberzeugung vereinbar, nachgiebig zeigen zu müssen.

Zu einer Kritik einzelner Punkte des Reformentwurfs übergehend, warnt der Redner vor Allem davor, sich durch das Delegirtenprojekt blenden zu lassen, da es bloß der Schein einer Repräsentation sei.

Der Entwurf hat es zunächst unterlassen, ein Minimum von Volksrechten, das in keiner Verfassung fehlen darf, aufzustellen; dies ist eine wesentliche Lücke. Weiter läßt er die Frage unbeantwortet, wie sich Oesterreich als Gesamtstaat mit seiner Februarverfassung zu dem neuen Reformprojekt stellt; nur das Heberwigen Oesterreichs ist klar ausgedrückt.

Die vorgeschlagenen Erweiterungen der Bundeszwecke und Bundesbefugnisse sind nicht aufgewogen durch eine entsprechende Verstärkung der konstitutionellen Garantien, durch eine wahre Verantwortlichkeit der Regierung. Freilich ist dazu die Einrichtung des Direktoriums weniger geeignet als der Bundesstaat.

Verschieden von dem bisherigen Verhältnis ist die völlerrechtliche Vertretung, die Oesterreich als Vorkörper des Direktoriums besorgt. Die Einzelvertretung ist nicht aufgehoben. Es ist hier zu prüfen, in wie weit die größere Einheit und Klarheit die Gefahr für die Einzelfreiheit aufwiegt.

Die §§. 40 und 47 der Wiener Schlussakte sind wesentlich geändert. Eine Kriegserklärung wegen auswärtiger Besetzungen eines Bundesgliedes soll nach Art. 8 des Entwurfs schon mit einfacher Stimmenmehrheit beschloffen werden können: eine Bestimmung von höchst bedenklicher Tragweite. Dem schließen sich die bedenklichen Bestimmungen des Art. 9 über Maßregeln, „wenn Aufhebungen zu befürchten sind“, an. Gegenüber dieser Macht des Bundes erscheinen die entsprechenden Artikel der Wiener Schlussakte fast als Garantien der konstitutionellen Freiheit! Mit dem Art. 8 hätte man im Jahr 1850 den Schein des Rechts zum Einschreiten in Kurhessen gehabt (Zustimmung). Eine bloß polizeiliche Einheit aber ist uns zu theuer erkauft.

Gegenüber dieser noch über den Bundesstaat hinausgehenden Centralisation ist mit Gewährung der Volksrechte gar ängstlich verfahren. Die erforderliche Stimmenzahl für organische Einrichtungen und Verbesserungen (17 von 21) kommt der Einstimmigkeit gleich.

Die Bestimmungen über die Bundesabgeordneten theilen die Mängel des Delegirtenprojekts, haben aber noch weitere Nachteile. So soll ein volles Drittel aus den deutschen Herrenhäusern gewählt werden, diesen stabilen und oft mit ihrem eigenen Lande in Widerspruch stehenden Körpern. Dann existiren, abgesehen von Hessen-Homburg, auch größere Länder ohne wahre Volksvertretung, z. B. Mecklenburg.

Weiter ist es im Interesse der Nation, daß ihre Vertretung nicht bloß alle drei Jahre zusammentritt. Die Kompetenz der Versammlung ferner ist unklar, ihr wesentlichstes Recht, die Finanzkontrolle, so sehr geschmälert, während ihre Befugnisse, z. B. über allgemeine Einrichtungen, Presse etc., im Art. 20, 4 bedenklich erweitert sind.

Gegen die projectirte Fürstenversammlung läßt sich auch Manches einwenden. Höchst bedenklich ist, daß die Aufnahme neuer Bundesmitglieder bloß in den Willen der Fürsten gestellt ist. Zu weiteren Anständen bietet auch das Bundesgericht Anlaß.

Dies mag, da eine erschöpfende Kritik heute nicht möglich, zur Motivierung des Antrages genügen.

Was Ziff. IV des Ausschuspantrages betrifft, so ist dieselbe nicht in speziell preussischem, sondern in deutschem Sinne aufgenommen worden; gerade der preussische Partikularismus würde anders stimmen.

Der Wunsch nach Hinzuziehen der ostpreussischen Provinzen ist auch im deutschen Interesse. Es sind diese Provinzen die letzte Eroberung Deutschlands, eine echt deutsche Kolonie; sie hat vor 50 Jahren das Signal gegeben zur vaterländischen Erhebung. Deshalb wollen wir dieselben aufnehmen: „Das ganze Deutschland soll es sein.“

In dem Zusammentreffen des Abgeordnetentages mit dem Fürstentage sieht Redner eine glückliche Fügung darin, daß neben den Fürsten auch eine Anzahl Männer im Namen der von ihnen vertretenen Kreise ihr Urtheil abgeben. Dasselbe ist freilich nicht bindend. Nur eine frei zu diesem Zweck gewählte Vertretung des Volkes, eine Nationalversammlung, kann dem deutschen Reformwerk die Weihe geben, und Uhlans Worte: „jede Zentralgewalt müsse mit einem vollen Tropfen demokratischen Deles gesalbt sein“, gilt für jede Bundesreform. Die Forderung ist nicht unbillig, da sie der Bund früher selbst anerkannt hat. Zum Schluß bittet Redner, unbefangen und frei von allen Vorurtheilen und Rücksichten die Reformvorlagen in Erwägung zu ziehen, einzig und allein mit dem Gedanken an das große eine Ganze, dem unser erster und unser letzter Athemzug gehören soll. (Lebhafte, andauernde Beifall.)

* Karau, 22. Aug. Rheinwasserwärme: 14 1/2 Grad.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 23. Aug. 3. Quartal. 77. Abonnementsvorstellung. **Tannhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg;** große Oper in 3 Akten, von Richard Wagner.

Dienstag 25. Aug. 3. Quartal. 78. Abonnementsvorstellung. **Martha oder der Markt zu Richmond;** Oper in 4 Akten, von Flotow. — „Martha“: Frau Cisswaldt vom königl. Hoftheater zu Stuttgart, als Debüt.

3.v.936. Mannheim. Entfernten Freunden und Bekannten theilen wir die schmerzliche Nachricht mit, daß unser lieber Vater, Geheimer Hofrath Friedr. Aug. Nüßlin, im 84. Lebensjahre an den Folgen eines Beinbruchs gestern Abend sanft verschieden ist. Wir bitten um stille Theilnahme. Mannheim, den 22. August 1863. Die Hinterbliebenen.

3.v.940. Karlsruhe.
Bekanntmachung.
Nach einer Mittheilung der Direktion der großh. bad. Verkehrsanstalten vom 20. d. M. wird den Mitgliedern der diesjährigen Wanderversammlung deutscher Bienenwirthe eine erweiterte Gültigkeitsdauer der zu Pfenden Retourbillete nach Karlsruhe für die Zeit vom 30. August bis 5. September d. J. gewährt. Wer von dieser Begünstigung Gebrauch machen will, hat bei der Rückfahrt seine Aufnahmestarte als Mitglied der Versammlung dem Eisenbahn-Fahrpersonal mit dem Bilet vorzuzeigen, sowie das Bilet am Tag der Rückfahrt auf dem hiesigen Gepäckbureau abstemplen zu lassen. Diejenigen, welche auf Eisenbahnsationen zugeben, die ihrer Entfernung wegen keine Retourbillete nach Karlsruhe führen, nehmen Retourbillete auf die nächste Station u. s. w. bis Karlsruhe. In diesem Falle sind sämtliche Bilette am Tag der Rückfahrt in Karlsruhe abstemplen zu lassen. Karlsruhe, den 22. August 1863. Präsidium der XII. Versammlung deutscher Bienenwirthe.

3.v.882. Nr. 2275. Vörrach.
Wiesenthal-Bahn.
Mit Beschluß vom 18. I. M. wurde vom Verwaltungsrathe die Dividende pro I. Semester 1863 der Wiesenthalbahn-Aktien auf 3 fl. 44 kr., resp. 8 Proc. festgesetzt, und kann solche gegen Ablieferung der betreffenden Scheine am 1. September erhoben werden: in Basel bei Herrn Bischoff zu St. Alban, Vörrach bei Herrn G. H. Gebhard, Schopfheim bei Herrn G. W. Grether. Am gleichen Tage und ebendenselben Orten werden auch die Zinsen unserer Obligationen gegen Vorweisung der betreffenden Coupons ausbezahlt werden. Vörrach, den 19. August 1863.
Direktion der Wiesenthal-Bahn.

3.v.904. Theaterschule
in Dresden, Landhausstraße Nr. 6, II.
Zweck: gründliche, praktische Vorbereitung für die Bühne zu gewöhnen. Der Unterricht erstreckt sich auf Deklamation, Rollenstudium, Sologesang, Studium von Opernpartien, Theorie der Schauspielkunst, Aufführungen auf der Bühne, höhere Tanzkunst (Schönheit der Bewegungen, Gebendensprache), Florettfechten, Piano, Harmonica und andere Hülfswächer.
Direktorium: I. Kapellmeister Dr. Rieß, F. Pudor. **Lehrer:** Hofschauspieler Heine, Schauspieler Knauth, Hofjäger Risse, I. Kapellmeister Dr. Rieß, F. Balletmeister Lepitre u. — **Beginn** des neuen Kurses den 5. Oktober 1863. **Aufnahmeprobirung** am 3. Oktober 1863. **Honorar** für vollen Kursus 100 Thlr., für 2 Fächer 60 Thlr., für 1 Fach 32 Thlr. jährlich. **Gebühr** gratis und weitere Auskunft durch Direktor Pudor.

3.v.901. Karlsruhe.
Feine Tafel-Weine.
Für Festmahl zu Ehren des Geburtstages
Sr. Königl. Hoheit des Grossherzogs,
empfehle ich die **Champagner-Weine** des Herrn Jules Mumm & Comp. in Reims, als: **Vercenay super., Imperial, Exquise, Carte rose** und **Carte autograph sur An**, sowie von meinem eigenen Lager verschiedene **Weine, Bordeaux, Spanische u. Portugiesische, Morgen- und Dessertweine** in besten Qualitäten, und **Kabinetweine**. Geneigte Aufträge für den Oberhein und Sektreis wollen zum Zweck vortheilhafter Bezuges gefälligst an den Herrn Hofschard in Weil bei Vörrach oder an die Herren Eschenauer & Comp. in Rehl theilhaft werden.
Wilhelm Frey,
großh. Hof-Weinlieferant.

3.v.906. Werrheim.
Zeugniß.
Wir attestiren andurch mit Vergnügen dem Herrn Mechanikus Albert Lint in Freiburg, daß die von demselben für die Gemeinde Hörsfeld gefertigte **Feuerlöschspritze** von sechs Zoll Stiefelweite in Beziehung auf Konstruktion und Dauerhaftigkeit, neben hübscher Ausstattung bei der damit vorgenommenen Probe in allen ihren Theilen als zweckmäßig und vorzüglich anerkannt worden ist. Werrheim, den 12. August 1863.
Das Feuerwehr-Kommando
(gez.) G. Müller.
Auf den Grund unserer eigenen Wahrnehmungen, die wir bei Annahme der vom Kommando der Feuerwehr vorgenommenen Probe der fraglichen Feuerlöschspritze gemacht haben, schließen wir uns obigen Zeugnisse vollkommen an. Werrheim, den 13. August 1863.
Großh. bad. Stadt- und Landamt.
Z. A. d. B. V.
Der Stellvertreter:
(L. S.) (gez.) Krafft.

3.v.898. Die „Weser-Zeitung“ Nr. 6121 vom 4. August enthält folgende Anzeige:
Konsulat der Ver. St. von Amerika.
Bremen, den 2. August 1863.
Durch eine so eben erhaltene Entscheidung des Schatz-Departements in Washington vom 8. Juli und Depeche des Staats-Departements vom 13. Juli ist den Ver. St. Konsuln auf das Strengste eingeschrieben worden, keine andere Fakturen zu beglaubigen, als von solchen Waaren, Gütern oder Gegenständen, die in ihrem Konsular-Bezirk erzeugt oder fabrizirt sind, oder die als Eigentum von Firmen in ihrem Konsular-Bezirk nach den Ver. St. exportirt werden. Es ist als Grundfah festgesetzt worden, daß die Fakturen so viel als nur möglich stets bei demjenigen Ver. St. Konsuln beglaubigt werden müssen, der dem Orte, wo die Waaren erzeugt oder fabrizirt, oder wo sie als Eigentum in Besitz sind, am nächsten wohnt. Das unterzeichnete Konsulat kann daher von heute an nur die Fakturen über jene Waaren und Güter zur Beglaubigung annehmen, deren Erzeuger, Fabrikanten oder Eigentümer in Bremen und Umgegend anständig sind. Ich ersuche daher die Herren Exporteure, ihre Korrespondenten im Inlande von dieser Verfügung in Kenntniß zu setzen und sich die Fakturen über die zu spezierenden Waaren von den Inland-Konsulanten gleich beglaubigt einzuweisen zu lassen, da nach derselben Mittheilung des Staats-Departements die Unterzeichnung und Deklaration der Fakturen aus dem Inlande durch Agenten in den Verschiffungshäfen zu Schwierigkeiten bei den Zollämtern führt und daher nicht mehr zulässig ist.
Henry Bornstein,
U. S. Konsul.

3.v.905. Durlach.
WHEELER & WILSON'S SEWING MACHINES
Im Gasthaus zur Eisenbahn in Durlach
sind die in der letzten Londoner Ausstellung preisgekrönten **Nähmaschinen** von Wheeler und Wilson in New-York auf einige Tage angeheftet. Diese Maschinen sind wegen ihrer vielseitigen, schonen und dauerhaften Steppfähigkeiten bei Herren- und Damenkleidmachern, Weißnäherinnen, Kappmachern, Säcklern, Korsetten-, sowie Schirmfabrikanten u. s. w. die anerkannt besten Maschinen. Ihre leicht zu erlernende Bedienung, sowie ihre elegante Ausstattung machen sie zu den beliebtesten Familienmaschinen. Die beigegebenen Säumer legen die Säume während des Nähens, ebenso werden Ueberschlag- oder Kappnähte ohne Vorrichtung und ohne Zutun der Hand gemacht. Unterricht gratis, Garantie auf drei Jahre.
Jos. Wertheim, Frankfurt Beil 26, der Constabler-Wache gegenüber.

3.v.906. Durlach.
Commis-Gesuch.
3.v.916. Ein achtbarer und kenntnisvoller junger Mann, der seine Lehre in einer Material- und Fabrikwaaren-Handlung bestanden, kann in der Eigenschaft als Commis placirt werden. Nähere Auskunft ertheilt in frankirten Briefen die Expedition der Karlsruher Zeitung.
Geschäftsverpachtung.
3.v.923. Ein seit elf Jahren bestehendes, gangbares Kolonial-, Kurz- und Eisenwaaren-Geschäft, mit hübscher Wohnung, in einem sehr frequenten Standort im badischen Oberland von über 2000 Seelen, mit guter Umgegend, eine Stunde von der Eisenbahn entfernt, wünscht man möglichst zu verpachten. Auch kann das Waarenlager, im Werth von ca. 15,000 fl., käuflich übernommen werden. Ein routinirter Geschäftsmanu erhält den Vorzug. Näheres im Comptoir dieses Blattes.

3.v.907. Mannheim.
Guano
aus den Anfuhrten der Peruanischen Regierung, unter Garantie der Echtheit, billigt bei
G. Köhler & Koch in Mannheim.
3.v.908. Karlsruhe.
Leihhauspänder-Versteigerung.
In dem Leihhausbureau werden versteigert,
Montag den 24. August d. J., Nachm. 2 Uhr: Wannen- und Frauenkleider;
Dienstag den 25. August d. J., Nachm. 2 Uhr: Leib-, Tisch- und Bettweibzeug;
Mittwoch den 26. August d. J., Nachm. 2 Uhr: Goldene und silberne Taschenuhren, silberne Uhren und Kaffelöffel, Ohren- und Fingerringe, Wachen, Stednadeln, Neißzeuge u.;
Donnerstag den 27. August d. J., Nachm. 2 Uhr: Unterbetten, Pulven, Kissen, Garn, Schuhschneid, Zingelshirn, Bügelstein, Regenschirm u. s.;
Freitag den 28. August d. J., Nachm. 2 Uhr: Kleidungsstücke, Feinwaare, Tuch, Kattun und sonstige Güterwaaren.
Karlsruhe, den 21. August 1863.
Leihhaus-Verwaltung.

3.v.909. Durlach.
Versteigerungszurücknahme.
Die in Nr. 177 und Beil. Nr. 180 dieses Blattes auf den 24. August 1863 angekündigte Eigenschafts-Versteigerung des Karl Schreyer auf dem Neubau bei Diebelsheim wird hiermit zurückgenommen.
Durlach, den 21. August 1863.
Der Vollstreckungsbeamte:
Kilian, Notar.
3.v.918. Säckingen. (Erledigte Stelle.)
Die diesseitige erste Gehilfenstelle mit einem Jahresgehalt von 500 fl. kommt in Erledigung, und soll in Bälde wieder besetzt werden. Die Herren Bewerber wollen sich schriftlich hieher wenden.
Säckingen, den 21. August 1863.
Großh. bad. Domänenverwaltung.
Vindauer.
Mit einer Beilage.

3.v.897. Karlsruhe.
Bekanntmachung.
Bom 24. d. Mts. an bis auf Weiteres werden die Bahnzüge zwischen Karlsruhe und Wagan zu nachstehenden Zeiten abgefertigt:

| | | | | | |
|-----------|-----------------|-------------------------|-----------------------------|-----------------------------|------------------------|
| Karlsruhe | Bahnhof | Abfahrt von | | | |
| | | Morgens 6 ³⁰ | Vormittags 10 ³⁰ | Nachmittags 2 ¹⁵ | Abends 5 ³⁰ |
| Wagan | Mühlburger Thor | Abfahrt von | | | |
| | | Morgens 7 ¹⁵ | Mittags 12 ¹⁵ | Nachmittags 4 ³⁰ | Abends 7 ¹⁵ |

Bom gleichen Zeitpunkt an wird die Abfahrt des ersten Postomnibus nach Landau von Wagan um 7 Uhr Morgens, und die Ankunft des zweiten Postomnibus von Landau in Wagan um 7³⁰ Abends stattfinden.
Karlsruhe, den 21. August 1863.
Direktion der großherzoglichen Verkehrsanstalten.
S i m m e r. Schneider.

3.v.935. Großes Pferderennen in Baden-Baden
am 2., 5. und 7. September 1863.
Um 2 Uhr Nachmittags.

Erstes Rennen. — Mittwoch den 2. September.

| | |
|---|--|
| Preis vom Schlosse Favorite 1,000 Fr. | Preis von Hiesheim 3,000 Fr. |
| Preis vom Schwarzwalde 1,500 | Preis von Kastatt 1,500 |
| Continental Saint-Leger 10,000 Fr. | |

Zweites Rennen. — Samstag den 5. September.

| | |
|---|---------------------------------------|
| Preis von Sandweier 2,000 Fr. | Zukunftspreis 4,000 Fr. |
| Zucht-Rennen 5,000 | Damen-Preis 2,000 |
| Preis von Lichtenthal 2,500 | Preis der Stadt Baden 6,000 |

Drittes Rennen. — Montag den 7. September.

| | |
|---|--|
| Preis von Karlsruhe 2,000 Fr. | Consolations-Preis 1,200 Fr. |
| Preis von Oberstein 3,000 | Hürdenrennen 3,000 |

Großer Preis von Baden
Ehrenpreis, gegeben von Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog von Baden und 15,000 Fr.
Donnerstag den 10. September 1863,
um 3 Uhr:
Grosses Steeple-Chase.
Um 4 Uhr:
Steeple-Chase (Verkaufs-Rennen).

3.v.913. Karlsruhe.
Mech. Hanfspinnerei & Weberei Emmendingen.
Die Herren Aktionäre der Hanfspinnerei und Weberei Emmendingen werden zu der daselbst auf den **22. September d. J., Vormittags 11 Uhr,** in dem Fabriklokal anberaumten **ordentlichen Generalversammlung** eingeladen.
Die nach §. 20 der Statuten erforderlichen Eintrittskarten können bei Herrn Bankier G. Müller in Karlsruhe, Karl Metz in Freiburg, und der Direktion in Emmendingen in Empfang genommen werden.
Karlsruhe, den 21. August 1863.
Der Verwaltungsrath.

3.v.873. Stellegesuch.
Ein in jeder Hinsicht erfahrener Bierbrauer, welcher bereits 18 Jahre nur drei großen Brauereien als Braumeister, sowie in den letzten 4 Jahren in Paris einem der größten Establishments vorgestanden hat, sich mit guter Zeugnisse ausweisen kann, sucht wieder eine derartige Stelle.
Anfragen franco besorgt unter Nr. 872 die Expedition dieses Blattes.